

Manfred Quentmeier,
Martin Stupperich,
Rolf Wernstedt (Hrsg.)

Vertrieben, geflohen – angekommen?

Das Thema Flucht und Vertreibung
im Geschichts- und Politikunterricht



**WOCHEN
SCHAU**
WISSENSCHAFT

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

Manfred Quentmeier, Martin Stupperich,
Rolf Wernstedt (Hrsg.)

Vertrieben, geflohen – angekommen?

Das Thema Flucht und Vertreibung
im Geschichts- und Politikunterricht



**WOCHEN
SCHAU
WISSENSCHAFT**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© WOCHENSCHAU Verlag
Dr. Kurt Debus GmbH
Schwalbach/Ts. 2016

www.wochenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Umschlaggestaltung: Ohl Design
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag
ISBN 978-3-7344-0351-4 (Print)
ISBN 978-3-7344-0352-1 (E-Book)

Inhalt

Vorwort der Herausgeber 5

Manfred Quentmeier, Martin Stupperich, Rolf Wernstedt

Vertrieben, geflohen – angekommen?

Das Thema Flucht und Vertreibung im Geschichts- und Politikunterricht 7

Rolf Wernstedt

Gedanken eines Politikers zur politischen, organisatorischen und geistigen

Bewältigung der Flüchtlingsfrage 10

Flucht und Vertreibung in historischer und zeitgeschichtlicher Sicht

Jochen Oltmer

Gewaltmigration und Flüchtlingsschutz im 20. und frühen 21. Jahrhundert 29

Jan M. Piskorski

Die Verjagten

Über Krieg, Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts 44

Mathias Beer

Lager in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

Historische Kontinuitäten und gegenwärtige Problemlagen 59

Andreas Kossert

Flüchtlinge: Böhmen, Pommern, Syrien 74

Edmund Nowak

Lamsdorf/Łambinowice und andere Lager in Oberschlesien im System der

Nachkriegslager in Polen in den Jahren 1945-1950 78

Manfred Quentmeier

Ergänzende Literatur und Materialien zum Thema Nachkriegslager in Polen:

Das Beispiel Lamsdorf/Łambinowice im historisch-politischen Unterricht ... 90

Alina Laura Tiew

Vom Heimatfilm zum Dokudrama

Filme über Flucht und Vertreibung der Deutschen und was man

aus ihnen lernen kann 92

<i>Patrice G. Poutrus</i>	
Asyl in der Bundesrepublik	
Vom Parlamentarischen Rat bis in die Gegenwart	108

<i>Julian Lehmann</i>	
Flucht in die Krise – Ein Rückblick auf die EU-„Flüchtlingskrise“ 2015	123

Flucht und Vertreibung in politikwissenschaftlicher und psychologischer Sicht

<i>Vera Hanewinkel</i>	
Gekommen, um zu bleiben!?	
Veränderungsprozesse durch Migration im gesellschaftlichen Mikrokosmos	135

<i>Ibrahim Özkan, Julia Vogel</i>	
Folter, Flucht und Trauma – zur Behandlung von Flüchtlingen im	
Asylverfahren	151

<i>Rainer Ohliger</i>	
Fluchtgedanken – Fluchtgedenken	
Der 20. Juni als doppelter Ort historischer und politischer Erinnerung	162

Flucht und Vertreibung als Gegenstände von Fachdidaktik und Unterricht

<i>Michele Barricelli, Dirk Lange</i>	
Didaktik der Demokratie in der Migrationsgesellschaft	179

<i>Martin Stupperich</i>	
Flucht und Vertreibung im Umfeld des Zweiten Weltkriegs	
Eine Auseinandersetzung mit neuen Unterrichtskonzepten für den	
Geschichtsunterricht in der Sekundarstufe II	189

<i>Manfred Quentmeier</i>	
Migration und Menschenrechte im Politikunterricht?	
Ansätze, Empfehlungen und Konzepte für die Sekundarstufe II	208

<i>Henning Pieper, Simone Rose</i>	
Die Schul- und Bildungsarbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräber-	
fürsorge zur Geschichte und Gegenwart des Flüchtlingsproblems	228

Autoren und Herausgeber	236
-------------------------------	-----

Vorwort der Herausgeber

Die Herausgabe dieses Bandes über Flucht, Vertreibung und Migration ist aus der Zusammenarbeit zwischen dem Niedersächsischen Geschichtslehrerverband (NGLV), der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge entstanden.

Gemeinsam weisen diese drei Verbände in Niedersachsen dem aktuellen Flüchtlingsproblem eine hohe Bedeutung für Schule und Erwachsenenbildung zu. Daher publizieren sie gemeinsam diesen Band mit Beiträgen namhafter Wissenschaftler und Publizisten, auch aus dem Ausland, sowie erfahrener Schulpraktiker und Verbandsmitarbeiter.

Dieses Buch will Aufklärungsarbeit leisten über die historische und die politische Dimension des Flüchtlingsproblems früher und heute insbesondere in Europa und Deutschland.

Deutsche Zeitgenossen denken, sofern sie über geschichtliches Wissen zum Thema Flucht und Vertreibung verfügen, fast stets an die eigene deutsche Fluchtgeschichte der Zeit im und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und vernachlässigen dabei oft die Frage von Ursache und Wirkung. Dass diese Fluchtgeschichte lediglich ein Ausschnitt aus der viel umfassenderen europäischen Fluchtgeschichte ist und dass Flucht und Vertreibung eine weit in die Geschichte zurückreichende Dimension haben, fehlt meist im öffentlichen Bewusstsein. Vor allem aber fehlt es an Vorstellungen über die Größenverhältnisse der Fluchtbewegungen. Die Zahl von einer Million Flüchtlingen des Jahres 2015 relativiert sich angesichts der Zahl von weit über 12 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen der deutschen Nachkriegsgeschichte und angesichts der Migrationsbewegungen von vielen Millionen, deren Ziel seit den frühen Sechzigerjahren die Bundesrepublik Deutschland war und die hier Einlass fanden (10 Mill. Gastarbeiter aus Italien, Spanien, der Türkei, später 3 Mill. Russlanddeutsche u. a.).

Zudem fehlt es oft an einem politischen Grundverständnis und an einer zureichenden Begrifflichkeit. Dies betrifft u. a. das Gewaltmonopol des Staates, das nicht verhandelbar ist. Es betrifft das Recht auf Asyl, das im Grundgesetz (Art. 16a) verankert ist, wo es in Absatz 1 kurz und lapidar heißt: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Wer aber ist politisch Verfolgter und wer ist es nicht? Diese Frage kann nur mit ausreichender historisch-politischer Kompetenz diskutiert werden. Auch die Frage des Verhältnisses religiöser und gesellschaftlicher Grundwerte kann nicht im Vorbeigehen gelöst werden.

Erst wenn die Grundfragen geklärt sind, können aktuelle Fragen beantwortet werden. Dazu will dieses Buch das Rüstzeug geben. Vermittlung von Wissen kann zudem hilfreich sein, Ängste zu verringern. Aber auch ein Blick über den Tellerrand der aktuellen Ereignisse ist notwendig: Migration und Menschenrechte – eine Herausforderung für Europa und nicht nur für Deutschland. Wie stark ist der innere und auf gemeinsame Werte gegründete Zusammenhalt der 28 europäischen Staaten?

Erst wenn diese Fragen ihre Antworten gefunden haben, und dabei können Schule und Erwachsenenbildung helfen, wird die Phase hochemotionaler Auseinandersetzungen in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit in rationalere Bahnen übergehen können.

Vertrieben, geflohen – angekommen?

Das Thema Flucht und Vertreibung im Geschichts- und Politikunterricht

Das Flüchtlingsproblem hat sich in den Jahren 2015 und 2016 zu einer überaus komplexen politischen Problemlage entwickelt, die didaktisch außerordentlich schwer zu bearbeiten ist. Diese reale Komplexität darf auch nicht unzulässig vereinfacht werden. Monokausale Begründungen wie „Die Kanzlerin ist schuld, dass so viele Flüchtlinge kommen“, stoßen schnell gegen das Überwältigungsverbot der politischen Bildung. Schule darf auch nicht den Regeln medialer Aufmerksamkeitsindustrie unterworfen werden, wenngleich didaktische Einstiegsszenarien das gern tun.

Wenn Didaktik im Dienste von Aufklärung, Nüchternheit und Überzeugung steht, dann gibt es bei diesem Thema reichlich Gelegenheit, dies unter Beweis zu stellen. Dabei geht es vor allem um folgende Aspekte des Flüchtlingsproblems:

- die Frage nach historischen Ursachen und aktuellen Erscheinungsformen von Flucht und Vertreibung,
- die Erfahrungen verschiedener europäischer, besonders osteuropäischer Länder (einschließlich Russlands) mit Flucht und Vertreibung und ihre Verhaltensweisen dazu in ihrer Geschichte und Gegenwart,
- die begriffliche Klarheit und Sprechfähigkeit der Verantwortlichen (Asylrecht, Flüchtlingsstatus nach Genfer Flüchtlingskonvention, Umsiedlung oder Vertreibung nach Völkerrecht, Migration aus Armut oder Not, Integration der Nutznießer und Nutzer usw.),
- das Staatsverständnis und die damit verbundenen politischen und administrativen Verpflichtungen wie Rechtssicherheit, Gewaltmonopol, Sicherung des Territoriums einschließlich der Grenzen,
- das Verständnis der Grund- und Menschenrechte, der Freiheitsgarantie und der normativen Gebundenheit des Lebens, insbesondere der Gleichheit von Mann und Frau,
- das Verhältnis von Staat und Religion, z. B. das Vorrecht der Menschenrechte vor Religionsvorschriften.
- die Wirkung historischer, kultureller, patriarchalischer oder erzieherischer Traditionen sowohl bei den Kommenden als auch bei den Aufnehmenden,

- die Vergewisserung eigener Wertvorstellungen wie Toleranz, Humanität, Ablehnung von Vorurteilen, Rationalität usw.

All dies soll im vorliegenden Band thematisiert werden. Dabei wird das heutige Problem auch historisch bearbeitet, denn es scheint nur so, als hätten diese aktuellen Probleme mit den historischen Sachverhalten der deutschen Geschichte in der Mitte des vorigen Jahrhunderts nichts zu tun. Das aber ist ein Irrtum.

Dazu nur ein Beispiel: Im badischen Lahr fand sich gegen Ende der 40er Jahre ein Plakat, auf dem es hieß: „Badens schrecklichster Schreck, der neue Flüchtlingstreck!!“ Unterstellungen und Vorurteile, z. B. gegenüber katholischen Schlesiern in evangelischen Gebieten Norddeutschlands sind vielfach überliefert. Die aggressive Ablehnung war damals auch gegenüber den eigenen Landsleuten teilweise nicht geringer als manche aktuelle Hass Tirade gegen Flüchtlinge heute. Die Ablehnung von Fremden ist ein Dauerproblem und generationenübergreifend.

Schuld und Verantwortung aufgrund politischer Entscheidungen des nationalsozialistischen Deutschland gehört in jede rationale Diskussion über Kriege und Kriegsfolgen. Dies gilt entsprechend auch für die Flüchtlingsfrage.

So ist z. B. das Schicksal von ca. 800.000 Menschen auf der Flucht von 1945 bis heute unbekannt. Die neuere Migrationsforschung bemüht sich aber seit 1990 durch Zugang zu vorher verschlossenen Archiven mehr und mehr Schicksale von Vertriebenen in Zwangsarbeits- und Internierungslagern zu klären (siehe Nowak in diesem Band).

In der aktuellen aufgeregten Diskussion, die zwischen vorbehaltloser „Willkommenskultur“ einerseits und provokativer Rederei und Gewaltanschlägen andererseits changiert, gilt es, eine verantwortungsvolle Position sowohl inhaltlich als auch sprachlich zu finden. Es darf nicht sein, dass aus „Sorge um den Vorwurf des Rassismus vielen auch heute die Toleranz gegenüber dem Vormodernen und Religiösen dringlicher als die Verteidigung des säkularen Staates und seiner Errungenschaften wie Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit“ (DIE ZEIT v. 21.01.2016, 1) erscheint.

Im Sinne der Aufrechterhaltung unserer Humanitätsverpflichtungen sind die realen Probleme wachsender Flüchtlingszahlen verschiedenster Art zu identifizieren, abzuwägen und vertretbare Lösungen und Perspektiven zu debattieren, zu beurteilen und umzusetzen.

Das Problem wird uns in den nächsten Jahrzehnten nicht verlassen. Wir diskutieren einen dynamischen Sachverhalt, zu dem in etwas anderem Zusammenhang vor 35 Jahren der ehemalige Hannoversche Oberstadtdirektor und nachmalige NDR- Intendant Martin Neuffer überraschend aktuell prognostiziert hat: „Die reicheren Länder werden sich gegen diesen Ansturm zur Wehr setzen. Sie werden Befestigungsanlagen an ihren Grenzen errichten, wie sie heute nur zum Schutz von Kernkraftwerken dienen. Sie werden Minenfelder legen und Todeszäune und Hundelaufgehege bauen“. Und er fuhr fort, es sei „an sich ein trauriger Gedanke, dass wir nicht alle aufnehmen können, die bei uns leben wollen. Die Türken haben ebenso wie die Griechen und Italiener und alle anderen schon jetzt Einfluß auf unsere Lebensweise und Kultur ausgeübt, den viele nicht mehr missen möchten“ (DER SPIEGEL 16/1982, S. 37-47). Er plädierte präventiv für eine grundsätzlich andere Politik und wies darauf hin, dass die aufgeworfenen Probleme der Wanderungen und möglichen Integration historisch lange Zeiträume in Anspruch nehmen werden, d. h. die ganze Lebenszeit nicht nur der heutigen Lehrer, sondern auch all ihrer Schülerinnen und Schüler.

Gedanken eines Politikers zur politischen, organisatorischen und geistigen Bewältigung der Flüchtlingsfrage

Seit den Monaten des Zusammenbruchs der kommunistischen Welt und dem Prozess der Einheit Deutschlands 1989/90 hat kein politisches Thema mehr die Menschen in diesem Lande so nachhaltig und emotional ergriffen wie die Flüchtlingsfrage. Sie ist so komplex und undurchsichtig und so wenig prognostizierbar, dass es intellektuell unredlich wäre, das zu leugnen. Für eine politische Bewertung ist es daher sinnvoll, gedanklich einige Dimensionen zu identifizieren, zu benennen und sich zu vergegenwärtigen, bevor man organisatorische Entscheidungen trifft.

I. Historisches

Die Weltgeschichte ist eine Geschichte der Migration.¹ Nicht nur die Ausbreitung des Menschen aus der afrikanischen Wiege war eine Wanderung. Von der Völkerwanderung will ich gar nicht reden. Dass wir vom Irak bis Marokko heute Arabisch als Grundsprache haben, ist das Ergebnis einer Eroberungs- und Wanderbewegung. Die USA, Kanada, Neuseeland, viele afrikanische Länder und sogar asiatische Regionen sind Länder, die ohne Wanderung in ihrer heutigen Gestalt gar nicht existierten, ganz abgesehen davon, dass die weiße Landnahme bis Südamerika hin nur unter entsetzlichen völkermörderischen Gewalttaten vollzogen worden ist. Von etwa 1820 bis 1914 sind allein mehr als 60 Millionen Europäer ausgewandert.

Auch die Deutschen kennen das:

- Friedliche Auswanderung nach Russland im 18. Jahrhundert,
- religiös motivierte Vertreibungen der Hugenotten aus Frankreich in verschiedene deutsche Regionen,
- Vertreibung der Salzburger Protestanten unter dem Signum des cuius regio, eius religio,

¹ Zur Geschichte der Migration s. vor allem Oltmer, Jochen 2012: Globale Migration. Geschichte und Gegenwart. München (Becksche Reihe Nr. 2761).

- politisch motivierte Auswanderung nach der französischen Revolution und nach der Revolution von 1848 nach Amerika,
- massenhafte wirtschaftlich motivierte Auswanderung auch aus Deutschland im Zuge der Industrialisierung, als mit der wachsenden Bevölkerung (Medizin) nicht mehr genügend Arbeitsplätze angeboten wurden (Soziale Frage des 19. Jahrhunderts).

Deutschland hatte im 20. Jahrhundert, und damit kommen wir in die Zeit noch lebender Erinnerung bis in die Gegenwart, sechsmal eine Millionenwanderung zu verzeichnen:

1. Von 1939 bis 1945 haben in Deutschland mehr als 10 Millionen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen dafür sorgen müssen, dass die deutsche Wirtschaft bei der Rekrutierung von bis zu 15 Millionen deutschen Männern für den Krieg überhaupt aufrechterhalten werden konnte. Über die teilweise grausigen Zustände in den Arbeitsstätten und Aufenthaltsorten ist viel geschrieben worden (z. B. in Hannover-Marienwerder bei der Elektro-Batteriefabrik VARTA). Auf dem Lande sah es häufig differenzierter aus. Dort sprach man gern von Fremdarbeitern statt Zwangsarbeitern. Es waren in der Regel Frauen und Männer aus der Sowjetunion, Polen, der CSR, aber auch aus Frankreich, Italien und Griechenland.

Sozialpsychologisch fällt auf, dass die deutsche Bevölkerung kein moralisches Problem damit hatte, dass hier Zwangsarbeit existierte und die Betroffenen, sofern sie nicht umgekommen waren, unmittelbar nach dem Krieg wieder in ihre Heimatländer zurückkehrten. Arbeit war nicht gleichzusetzen mit Integration.

2. Von 1944 bis Mitte der 50er Jahre flüchteten mehr als 12 Millionen Deutsche vor der Roten Armee oder wurden von/aus der Sowjetunion, Polen, der CSR, Ungarn, Rumänien vertrieben. Deutsche aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien sowie aus vielen deutsch besiedelten Gebieten anderer Länder wurden vertrieben und die ursprünglich von ihnen bewohnten Gebiete von anderen vertriebenen Völkern besiedelt. Ihre Aufnahme in den Besatzungszonen und später der Bundesrepublik (und DDR, dort Umsiedler genannt) war keineswegs freundlich, auch wenn sie dieselbe Sprache sprachen, dieselbe Religion hatten, dieselbe Kultur repräsentierten und dieselbe Geschichte und Verantwortung hatten.

Nach dem personellen Aderlass durch den Krieg (5 Millionen Soldaten, 1 Million Bombenopfer, etwa 2 Millionen Vertriebene) ist der wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland ohne diese stän-

dig um ihre Existenz und Anerkennung ringenden Flüchtlinge und Vertriebenen gar nicht erklärbar.

Die Vertriebenen lebten teilweise länger als 10 Jahre in Behelfslagern, bevor sie eine eigene Wohnung oder ein Haus beziehen konnten. Sehr lange wirkten auch die Zwangseinweisungen in Wohnungen, da die Wohnraumkapazitäten durch Kriegseinwirkungen vernichtet waren oder – wie auf dem Lande – nicht ausreichend ausgelastet erschienen.

3. Von 1949 bis 1961 sind etwa 2 Millionen Deutsche aus der DDR in die Bundesrepublik geflüchtet, weil sie den politischen Druck nicht aushalten wollten oder sich wirtschaftlich eine andere Existenz erhofften. Es gab Wochen, in denen sich in Westberlin täglich mehr als 3000 Flüchtlinge meldeten. Auch sie, die häufig gut ausgebildet kamen, haben ihren Anteil am sog. Wirtschaftswunder. Im Übrigen verzögerten sie die Reform des Bildungswesens in der Bundesrepublik um etwa 10 Jahre dadurch, dass man gut Ausgebildete schnell in den Arbeitsmarkt integrieren konnte.
4. Seit den 60er Jahren kamen etwa 10 Millionen Gastarbeiter aus den südeuropäischen Ländern, Jugoslawien und vor allem aus der Türkei, von denen etwa 2 Millionen blieben. Heute leben vorwiegend in West-Deutschland/Berlin etwa 4 Millionen Menschen mit unmittelbarem oder in der ersten Generation befindlichem Migrationshintergrund. Wegen der unentschlossenen Betroffenen (Sie wollten in großer Zahl nach ihrer Arbeit wieder in ihre Heimatländer) und der mangelnden politischen Klarheit der Bundespolitik, was denn die dauernde Anwesenheit von Gastarbeitern für die substantielle Integration erfordert, leiden wir bis heute an diffusen und teilweise absurden Auffassungen darüber, ob wir ein Einwanderungsland seien oder nicht. Jedenfalls ist bei den hier ständig Gebliebenen die Integration nicht in allen Fällen geglückt, bei manchen sogar in der zweiten und dritten Generation nicht einmal angestrebt oder sogar rückläufig. Vor allem die gläubigen Muslime und viele aus der Türkei im Wege der Familienzusammenführung Gekommenen zeigten sich zurückhaltend. Sich nicht ausreichend um sie gekümmert zu haben, müssen sich alle politischen Parteien vorwerfen lassen.
5. Mit dem Beginn der Gorbatschow-Reformen und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 sowie der gesamten kommunistischen Welt und der Einheit Deutschlands kamen aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion und den Ländern Ost- Mitteleuropas nach 1988 mehr als 3 Millionen Spätaussiedler, die kontingentiert, nicht chaotisch, in die Bundesrepublik einreisten, als Deutsche anerkannt wurden und

arbeitsmäßig und im Bildungssystem in der Regel schnell Fuß fassten. Ihre kulturelle und sprachliche Integration dauert noch an, zumal manche Familien mit Vorstellungen eines altertümlichen Deutschland kamen und Schwierigkeiten mit dem aktuellen Lebensstil haben.

Dass wir die große Zahl relativ emotionsfrei und ohne Aggression in den Integrationsprozess haben bringen können, liegt auch daran, dass ihre Zahl zwar hoch, aber doch begrenzt und damit organisatorisch beherrschbar schien. Man muss aber dennoch zur Kenntnis nehmen, dass viele Aussiedler sich mentalitätsmäßig noch nicht zu Hause fühlen, obwohl alle Paradigmen einer gelungenen Integration erfüllt zu sein scheinen (Sprache, Arbeit, Verdienst, Bildung, Alltagsleben).

6. Kleiner, aber mit der heutigen Situation strukturell vergleichbar waren die Flüchtlingsströme aus dem auseinanderbrechenden und in Bürgerkriege fallenden Jugoslawien bis zum Friedensvertrag von Dayton 1995. Dazu kamen Flüchtlinge aus einigen muslimischen Ländern sowie ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter aus DDR-Zeiten (Vietnamesen). Mit ihnen sind allerdings auch einige der schlimmsten fremdenfeindlichen Ausschreitungen verbunden wie in Solingen, Mölln, Hoyerswerda, Rostock.

Wir stehen seit nunmehr knapp zwei Jahren inmitten einer neuen Wanderungsbewegung, deren Ursachen vielfältig und absehbar waren und in ganz Europa zur Verunsicherung und teilweise Ratlosigkeit führt. Die regellose und nicht steuerbare Fluchtbewegung aus dem Nahen Osten, aus Afrika und aus Pakistan/Afghanistan sowie aus den nicht zur EU gehörenden Ländern des ehemaligen Jugoslawien und Albanien hat ein noch komplexeres Ursachengeflecht und eine komplexere Struktur als alle bisherigen Fluchtbewegungen.

II. Ethisches

Wir sind gefordert, unsere ethischen Überzeugungen und unser Menschenbild neu zu reflektieren oder überhaupt erst wieder bewusst zu machen. Angesichts unvorstellbaren Elends auf den Fluchtstrecken, untergegangener Fluchtboote, traumatisierter Frauen, Kinder und Männer, wetterbedingter Bedrängnis und konkret angebbarer Verzweiflung wird unsere ganze Empathie und unser Mitgefühl aufgerufen. Das gilt auch dann, wenn man das verachtenswürdige Agieren der Schleuser in Rechnung stellt.

Christlich denkende und fühlende Menschen berufen sich auf das Erfordernis der Barmherzigkeit. Die Bibel kennt mehrere Aufforderungen, den Fremden, den Flüchtlingen, den Hilfsbedürftigen zu helfen. Die biblische Jahreslosung für 2015 hieß: „Nehmt einander an, wie Christus euch angenommen hat zu Gottes Lob“ (Römer 15,7).

Aber auch der normal ethisch Empfindende drückt Mitgefühl aus und urteilt eindeutig. Die Fremden zu unterstützen trifft auf unser Gerechtigkeitsgefühl und die Bereitschaft zu helfen. Dies ist ehrenhaft. Denn es findet die Unterstützung im Grundgesetz, das die Unverletzlichkeit der Würde eines jeden Menschen (nicht nur eines Deutschen) verlangt. Beim zweiten Hinsehen sehen wir, dass bei den bestehenden Ungerechtigkeiten in unserer bisherigen Gesellschaft die zusätzliche Barmherzigkeit kollidieren kann mit anderen Hilfsbedürftigen. Das Gerechtigkeitsgefühl impliziert immer auch die Frage nach der fairen gleichen Aufmerksamkeit und Achtsamkeit für alle.

Konflikte sind vorprogrammiert, zunächst grummelnd, schließlich aggressiv. Es ist gerecht, den hilfeschenden Flüchtlingen zu helfen. Es ist genauso gerecht, diese Hilfe nicht zu Lasten anderer Hilfsbedürftiger zu gewähren. Wir befinden uns in einem Dilemma, einer Situation, die bereits seit Langem hätte thematisiert und kommuniziert werden müssen, um eine Eskalation zu verhindern. Sie ist der Grund für wildeste Spekulationen und Verdächtigungen bis hin zu rechtsradikalen Vokabeln. Das macht es nicht überflüssig, darüber nachzudenken, ob unter den Flüchtlingen nicht auch ungerechtfertigte Bewerber sind. Die Debatte um die sog. sicheren Herkunfts- oder Drittländer gehört hierher.

Hinter dieser Frage steht das Verständnis unseres Menschenbildes. Niemand kann davon ausgehen, dass es nur gute Charaktere gibt, sondern die Ambivalenz menschlicher Existenz steckt in jedem. Deswegen muss man eine Sprache finden, die es möglich macht, den existentiell Bedrohten mit Respekt und Hilfsbedürftigkeit entgegenzukommen, aber denen, die offensichtlich zu Lasten dieser Menschen ihre Geschäfte machen wollen (Schleuser, Kriminelle, verantwortungslose politische Reden, Ausnutzung unserer Rechtslage) entschieden entgegenzutreten.

Es gehört zum politischen Grundwissen und geltenden Völkerrecht, dass Hilfsbedürftigen geholfen werden muss, aber zugleich muss man wissen, dass es keinen Rechtsanspruch auf ungeprüfte Einwanderung geben kann. Mit einem nur positiven oder negativen Menschenbild zu hantieren, ist naiv und versperrt den Zugang zu rational und vermittelbar zu lösenden Problemen. Auch die Frage nach der gerechten Verteilung innerhalb einer

Kommune oder eines Landkreises gehört hierher. Es gibt keine pauschalen Antworten. Der Gestus aller bisherigen Politik, man habe alles im Griff, war im Herbst 2015 offensichtlich eher Beschwörung als Realität.

Es geht nicht nur um Entscheidungen, sondern um Überzeugungen und Akzeptanz. Und ohne begriffliches Rüstzeug wirkt politische Rede kraftlos und steril. Sie höhlt sich selber aus, wenn sie den Umfang des Problems in materieller und zeitlicher Hinsicht nicht thematisiert.

III. Politisches (Staatsverständnis, ethische Verfassungsnormen)

Wir sind seit 1990 erstmals in Europa wieder vor die Frage gestellt, was unser Staatsverständnis eigentlich ausmacht. Das aus Jahrhunderten entstandene Europa der Nationalstaaten hatte im 20. Jahrhundert die repräsentativen Demokratien, in der Weltkriegszeit auch faschistische und bis 1990/1 „realsozialistische“ Staaten mit diktatorischem und totalitärem Charakter hervorgebracht. Es ist uns immer selbstverständlich gewesen, dass die Völker in freier Selbstbestimmung über ihre politische Struktur entscheiden sollten, dies in definierten und anerkannten Grenzen, mit definierter Staatsbürgerschaft und eigenen Staatsverfassungen und eigener Gesetzgebung. Real gebunden ist dies natürlich zugleich auch an das Recht, diese Regeln zu garantieren und notfalls zu verteidigen.

Eine der tragenden zivilisatorischen Leistungen des Rechtsstaates ist, dass das Gewaltmonopol beim Staat liegt und jeder vor Unrecht und Willkür geschützt werden soll. In diesem Sinne wird dem Staat vertraut, dass er die Sicherheit aller garantiert und nachvollziehbare Ordnungsstrukturen verankert. Erst nach der Silvesternacht 2015/16 und den Ausschreitungen von Flüchtlingen in Köln wird das ernsthaft diskutiert.

Das gilt in Deutschland hinsichtlich der staatlichen Ordnung von Bund, Ländern und Gemeinden mit ihren jeweiligen Behörden und Institutionen. Das gilt auch für die in diesem Rahmen agierenden zivilgesellschaftlichen Verbände (Kirchen, Gewerkschaften, Freie Wohlfahrtsverbände u. a.) Mit dem zusammenwachsenden Europa und seinen Institutionen sowie der Menschenrechtscharta sind einige dieser Grundprinzipien auf ihre Berechtigung zu verifizieren. Das Recht auf Asyl bei nachgewiesener politischer Verfolgung ist gerade für die Deutschen nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus ein unaufgebbares zivilisatorisches Ergebnis. Wir haben es als befreiend empfunden, dass die Grenzen durchlässig wur-

den, die Reisefreiheit garantiert war und innerhalb der EU Niederlassungsfreiheit besteht. Deutschland hat davon am meisten profitiert, wirtschaftlich und geistig.

Mit dem Auftauchen von Hunderttausenden, vielleicht von Millionen Menschen aus Krisengebieten an unseren Grenzen, für deren krisenhafte politische Entwicklung sich die europäischen Länder und Deutschland (noch) nicht verantwortlich fühlen, werden fast alle diese Prinzipien berührt: Für wen gilt das Asylrecht? Ist wirtschaftliche Not ein Asylgrund? Wenn nein, wie will man der erkennbaren Not abhelfen? Sind die Grenzen so gestaltet, dass sie nicht massenhaft ignoriert werden können? Wie stehen wir zu der sich verschärfenden Praxis der Abschiebung, die gilt? Was ist eigentlich zumutbar für ein Land und eine Bevölkerung? Wovon ist Zumutbarkeit eigentlich abhängig? (Information, Gewöhnung, Einsicht, Veränderung von Perspektiven usw.) Wer bestimmt über Grenzen? Darf man in Deutschland nach 40 Jahren Grenze und Mauer überhaupt an Mauern denken (FOCUS 17. 10.2015)? Kann man Mauern eigentlich ohne Schießbefehl wirksam schließen? Wie viel Souveränität und Selbstbestimmung muss in dieser Frage relativiert werden?

In der Flüchtlingsfrage steht unser Grundvertrauen in die Leistungserwartung gegenüber staatlichen Institutionen zur Debatte. Da sich in den letzten Monaten der Eindruck von Hilflosigkeit der politisch Verantwortlichen breit gemacht hat, gibt es einen Resonanzboden für nationalistisch-völkische Bewegungen und autoritäre Sentiments nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.

Auch in europäischen demokratischen Gesellschaften muss man lernen, dass es unvorhersehbare Entwicklungen geben kann, auf die man mit politischen Entscheidungen nur begrenzt und in kurzer Zeit endgültig reagieren kann. Unsere lieb gewordene Vorstellung, dass man alles vorhersehen und planen kann (Haushaltspläne z. B. sind der feststehende finanziell unterfütterte Handlungsplan für eine kalkulierbare Zeit), wird zunehmend fragil.

Das Urvertrauen in die institutionelle Leistungsfähigkeit ist in dieser Frage nicht mehr gewährleistet. Wenn das so ist, müssen wir lernen, die Unwägbarkeiten bewusster im Auge zu haben und nicht in Panik, Angst oder unmenschliche Reaktionen zu verfallen. Das setzt Ehrlichkeit und Klarheit voraus, ein Erfordernis, das bei der taktischen Sprache unserer Politik häufig vernachlässigt wird, nicht aus moralischer Niedertracht, sondern aus taktischem Kalkül und Angst, und manchmal auch aus Unerfahrenheit im Umgang mit unvorhergesehenen und bisher als unvorstellbar geltenden Situationen.

IV. Zivilgesellschaftliches

Schneller und unmittelbarer als die sogenannten zuständigen Instanzen haben große Teile der Gesellschaft konkrete Notlagen realisiert. Ohne das zivilgesellschaftliche Engagement hätte Vieles schlimmer ausgesehen. Die Strukturen des deutschen professionellen, halbprofessionellen und ehrenamtlichen Katastrophenwesens (d. h. Feuerwehren, THW, DRK, Malteser, Johanniter, ASB, Vereine, Organisationen, zuletzt auch Bundeswehr, Polizei) haben eine effektive Hilfestruktur aufgebaut. Diese existiert unterhalb oder subsidiär zu den staatlichen Personalkörpern der Verwaltungen, der Polizei und der Bundeswehr. Feste zivilgesellschaftliche Strukturen wie Kirchen, Vereine, Institutionen sind schnell zu Hilfen bereit. Allerdings ist diese für zeitlich begrenzte Aktionen ausgelegt wie bei Naturkatastrophen, aber nicht auf Dauer. Dies überfordert wirklich physisch, psychisch und die Arbeitgeber auch finanziell.

Dennoch muss man sagen, dass der ehrenamtliche Unterbau der Gesellschaft stabil ist und eine anerkennenswerte Seite der gesellschaftlichen und ethischen Entwicklung Deutschlands zeigt. Hierzu gehören auch die in Ballungsgebieten bestehenden Integrationsräte, freiwilligen Hilfsangebote zu karitativer oder sprachlicher, medizinischer oder begleitender Tätigkeit.

V. Rechtliches

Dreh- und Angelpunkt aller Diskussionen bleibt die Frage nach legalen Einwanderungsmöglichkeiten. Das Asylrecht hat eine zentrale Funktion. Alle demokratischen Parteien verteidigen den Kern dieses Rechts. Allerdings verbreiten viele Unklarheiten auch Unsicherheiten: Es gibt unscharfe Grenzen, was politische Verfolgung ist. Gehört der afghanische Dolmetscher dazu, der der Bundeswehr geholfen hat und der um sich und seine Familie fürchten muss? Gehört dazu ein Arzt, der in einem Krankenhaus auch Leute behandelt hat, die politisch bekämpft werden? Hat ein Asylberechtigter ein Anrecht darauf, seine oft ganz große Familie nachkommen zu lassen? Wie hoch ist das Recht auf Familienzusammenführung einzuschätzen? Wie geht man mit allein reisenden Flüchtlingen um, die unter Aufbietung aller finanziellen Mittel ihrer Familien oder Dorfgemeinschaften aus dem Elend entkommen wollen? Wie gewaltförmig sollen die Abschiebungen sein dürfen? Kann man weiter so großzügig mit dem eigentlich außerhalb der Rechtsnormen stehenden Kirchenasyl umgehen?

Monatelang bestand in der Öffentlichkeit in Deutschland Unklarheit über die verschiedenen Typen von Aufenthaltsberechtigungen. Asylbewerber und Asylberechtigte, Flüchtlinge nach Genfer Flüchtlingskonvention mit begrenztem Aufenthaltsrecht, subsidiärer Schutz, Arbeitsmigration usw.

Das Ergebnis ist eine diffuse Rede von Integration, als ob alle Flüchtlinge ein Anrecht oder die Pflicht zur Integration haben, auch dann, wenn ihr Aufenthaltsstatus begrenzt bleibt oder Asyl abgelehnt wird. Überlange Bearbeitungszeiten von Asylanträgen sowie unkoordinierte Erstregistrierung und Erstaufnahme führten zu Verunsicherungen und führten zu einem schleichenden Autoritätsverlust von Politik und Misstrauen gegenüber den staatlichen Verantwortungen.

VI. Kulturelles

Im Gegensatz zu den Flüchtlingsströmen der Nachkriegszeit und der Spätaussiedler haben wir es heute mit den Flüchtlingen aus Syrien, dem Irak, Afghanistan oder anderen muslimischen Ländern mit kulturell viel fremderen Menschen zu tun. Ihre unmittelbare existentielle Not, die uns zu Hilfsbereitschaft veranlasst, berührt natürlich deren Selbstverständnis nicht.

Wer aus Ländern der Verfolgung kommt, kann mit unseren Grundrechtsanforderungen häufig nichts anfangen. Problematisch werden manchmal die deutschen Rechte der Gleichberechtigung von Mann und Frau, des Misshandlungsverbots von Kindern, der Rolle der Religion als Privatsache, der Ehrvorstellungen, der Chancengleichheit für alle, der Ablehnung von innerfamiliären hierarchischen und patriarchalischen Strukturen u. a. empfunden.

Aber auch tägliche Lebensselbstverständlichkeiten können problematisch werden, ohne dass man Schlechtes dabei denken müsste: Kleidungsgewohnheiten, Essgewohnheiten. All diese Alltäglichkeiten sollte man nicht skandalisieren, sondern auf Klarheit pochen. Es ist ein guter Vorschlag, manche Dinge einfach sehr früh in den Aufnahmeeinrichtungen den Flüchtlingen auszuhändigen, um ihnen deutlich zu machen, worauf man Rücksicht nehmen muss oder was man nicht tolerieren kann und darf.

So ist es hilfreich, darauf hinzuweisen, dass man in Deutschland stundenlang im Zug sitzen kann, ohne mit den Mitreisenden zu reden und dass dies nicht unhöflich ist. Oder ein freundlicher Blick bei einem Gruß in Deutschland kein Flirtversuch ist, wie es häufig allein reisende Männer aus

Afrika oder muslimischen Ländern verstehen. Dass der öffentliche Raum auch allein reisenden oder allein einkaufenden Frauen selbstverständlich zur Verfügung steht und dass man Frauen, die ihn nutzen, nicht moralisch freizügige Verhaltensweisen unterstellt und entsprechend reagiert, ist unmissverständlich klarzustellen. In solchen Fragen gibt es eine Anpassungspflicht der Ankommenden.

Genauso ist unmissverständlich darauf zu pochen, dass diskriminierende Haltungen und Äußerungen gegenüber Frauen nicht toleriert werden (Verweigerung der Essensannahme von Frauen, weil diese unrein seien). Frauen beim Gruß nicht die Hand zu geben, weil diese unrein seien, gilt in Deutschland als grobe Unhöflichkeit. Die Frage, was Toleranz gegenüber kultureller Vielfalt und was Integration und was Anpassung ist oder sein muss, muss immer wieder neu ausgehandelt werden.

Die Werte des Grundgesetzes sind nicht diskutabel, aber Gewohnheiten und Lebensformen unterliegen einem Wandel. Es ist zu bezweifeln, dass in dieser Hinsicht genügend Kenntnis bei großen Teilen der deutschen Bevölkerung vorhanden ist. Es ist aber auch deutlich zu machen, dass die Werte des Grundgesetzes für die Ordnung der Bundesrepublik und die Verhaltenserwartung an die hier lebenden Menschen Vorrang vor Bibel oder Koran haben.

VII. Neue Medien

Rupert Neudeck hat darauf hingewiesen, dass die Neuen Medien als Fluchtbeschleuniger dienen. Fast alle Flüchtlinge haben Smartphones, mit denen sie Kontakt zu ihren Verwandten oder anderen Personen halten. Sie sind aber auch zugleich das Vehikel, unmittelbar Informationen aus den Zielländern zu erhalten. Wenn, wie durch die unklare Sprache, der Eindruck entsteht, dass man in Deutschland wahllos willkommen sei und alles Mögliche zur Verfügung gestellt bekommt, verbreitet sich dies wie ein Lauffeuer unter bedrängten Menschen und verstärkt noch einmal die Fluchtbereitschaft. Durch die mangelnde finanzielle Unterstützung der Lager seit dem Sommer 2015 durch die UN (und die Länder, auf die sie angewiesen sind) wird dieser Prozess zusätzlich beschleunigt.

Man muss allerdings sagen, dass heute nicht nur unmittelbar Bedrängte kommen, sondern viele durch eine unspezifische Rede von Willkommen und Arbeitsmöglichkeiten die Lager in der Türkei oder dem Libanon verlassen und sich auf den Weg machen. Das Gleiche gilt für die Armutsflüchtlinge aus dem Balkan.

VIII. Religiöses

Seit den 90er Jahren diskutieren wir verstärkt über die Bedeutung und Funktion von Religion im politischen Raum. Ausgelöst ist diese Frage auch dadurch, dass durch das Scheitern sozialistischer und quasisozialistischer Staaten (Irak, Syrien, Ägypten, Libyen) bei vielen islamischen Gesellschaften der Islam als eigentliche Quelle von Zuversicht und Frieden erschien. Durch die enorme Wirkung globalisierter Märkte mit dem säkularen kapitalistischen Gestus erschienen westliche Werte wie Demokratie und Menschenrechte als unglaubwürdig und die Identität muslimischer Menschen bedroht. Die USA wurden als Vormacht das Haupt-Aggressionsobjekt. Der 11. 9. 2001 war der signifikante Ausdruck dafür. Diese Entwicklung ist noch in vollem Gange.

Als sich aufgrund der langen desaströsen Folgen des 2. Irak-Krieges 2014 der IS-Staat mit seinem weltweiten kalifatischen Anspruch auf Beherrschung der gesamten sunnitischen Welt proklamierte und mit bisher nicht vorstellbarer völkermörderischer Wucht und fundamentalistischer archaischer Koran-Auslegung agierte, stellte sich im Westen, auch in Deutschland, eine erhöhte angstbesetzte Sicht gegenüber dem Islam ein.

Dadurch, dass auch in Deutschland die islamischen Verbände nicht glaubhaft machen konnten, dass die gewaltmäßige und unbarmherzig unhistorische Auslegung des Korans unislamisch ist, konnte sich eine breite Ablehnungswelle gegenüber dem Islam ausbreiten. Die Beteiligung deutscher Konvertiten und hier aufgewachsener Muslime der 3. Generation am IS-Terror und Anschlägen scheinen täglich diesem Gefühl Bestätigung zu geben. Das Auftreten der Salafisten, die kulturbarbarischen Zerstörungen in Palmyra oder Mossul, die Versklavung von Frauen unter Berufung auf den Koran haben in Deutschland dazu geführt, dass der Islam fast nur noch in seiner gewaltförmigen Gestalt und damit als Gefahr wahrgenommen wird. Nur deswegen ist es möglich, dass ausgerechnet in deutschen Regionen, in denen der Anteil kirchlich christlich gebundener Menschen unter 20% liegt, eine Bewegung gegen die „Islamisierung des Abendlandes“ entstehen konnte.

Die Einwanderung und mögliche Asylgewährung oder Duldung einer großen Zahl von Muslimen im Zuge der gegenwärtigen Krise muss diesen Aspekt berücksichtigen. Hier ist auch unter der deutschen Bevölkerung viel mehr Aufklärung vonnöten und den hier agierenden Islamverbänden mehr abzufordern. Toleranz ist nicht kenntnislose Duldung des Fremden, sondern Anerkennung des Anders im Bewusstsein dessen, was für mich selbst unverhandelbar und was nicht zu tolerieren ist.

IX. Organisatorisches

Es ist erstaunlich, wie unkoordiniert und dilettantisch die absehbar steigenden Flüchtlingszahlen organisatorisch behandelt worden sind. Bereits Mitte 2014 war absehbar, dass sich die Zahl der Flüchtlinge drastisch erhöhen würde, zumal sich die kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten ständig zuspitzten und sich die Flüchtlingslager in der Türkei, Libanon, Irak und Jordanien selbst als Hungerquartiere herausstellten.

Stattdessen erleben wir innerhalb Deutschlands und dann auch in Europa ein unwürdiges Gefeilsche zwischen Bund, Ländern und Kommunen über finanzielle und personelle Maßnahmen und Zuständigkeiten. Die europäische Uneinigkeit und Abwehrhaltung von Ungarn bis Großbritannien ist überdeutlich. Der Eindruck der Hilflosigkeit machte sich breit.

Es gab Augenblicke, in denen das Landeskommando Niedersachsen erst spät abends die Mitteilung erhielt, dass gegen Mitternacht noch ein ganzer Zug mit 700 oder 800 Flüchtlingen ankomme. Es musste innerhalb weniger Stunden entschieden und vorbereitet werden, wohin sie zur Registrierung gebracht werden sollten. Unterwegs verschwanden etwa 10 %, die sich auf eigene Faust einen Weg suchen, unregistriert und unkontrolliert. Manchmal waren es auch noch mehr. Das sind natürlich unhaltbare Zustände. Wir können feststellen, dass sich auch die Länder- und Kommunen aufopferungsvoll um tragbare Lösungen bemühen, obwohl sich die Situation seit zwei Jahren dramatisch zuspitzt und manche Unzulänglichkeiten zu Tage gefördert wurden.

Der Prozess ist nicht zu Ende, auch wenn sich manche Routine und bessere administrative Personalverhältnisse einstellen. Die finanziellen Gesamtkosten und die jeweiligen Anteile sind weiterhin strittig

X. Ängste und Vorbehalte

Machen wir uns nichts vor. Es ist nicht rechtsradikal, wenn Menschen Angst haben oder skeptisch sind. Frauen fürchten um ihre Sicherheit, Hausbesitzer fürchten um den Wert ihrer Immobilie, Schulen haben Angst, ihren Bildungsauftrag nicht erfüllen zu können, sozial Schwache schauen mit Unverständnis auf manche Gratifikation, alleinstehende Männer werden als Gefahr gesehen, Unausgebildete als Schmarotzer, bei ungesteuerter Zuwanderung erscheinen Zwangseinweisungen oder Beschlagnahme von Wohnraum nicht mehr ausgeschlossen usw.

Die vielen Vorurteile, die dabei mitschwingen, muss man zurückweisen. Was man aber zu Recht erwarten kann, ist eine Politik, die reale Probleme benennt, ihre Lösung anvisiert, dies kommuniziert und dann auch durchsetzt. Weil die Politik des Bundes und der demokratischen Parteien aus Angst vor der rechtspopulistischen oder rechtsradikalen Ausnutzung und Verhetzung eine konkrete Analyse und auch eine über die unmittelbare Notbewältigung hinausweisende Perspektive verweigert, an der man sich ausrichten kann, hat sie den politischen Rechtsparteien und einer verunsicherten Bevölkerung einen Resonanzboden gewährt.

Das „dunkle Deutschland“, von dem der Bundespräsident sprach und das sich in hunderten von Brandanschlägen auf Flüchtlingsheime manifestiert, ist eine demokratische Herausforderung. Demokratie funktioniert aber nur durch Dialog und klare Sprache, nicht durch Verschweigen und Ressentiment.

In der Flüchtlingsfrage erweist sich eine erschreckende Diskursunfähigkeit unserer Parteien. Das verbale Draufschlagen auf Rechtsradikale oder die AfD richtet nichts aus bei den Anhängern und wirkt wenig überzeugend auf die potentiellen Mitläufer und Wähler.

XI. Europa

Die europäische Politik, die sich als Wertegemeinschaft definiert, aber wesentlich ökonomisch agiert, macht in der Flüchtlingsfrage keine gute Figur. Weil man sich getrieben fühlt, suchen viele Länder in nationaler Abschottungspolitik ihre Rettung. Ungarn hatte damit begonnen, die ost-mittel-europäischen Länder denken genauso. Griechenland, im März 2016 durch die Schließung der makedonischen Grenze in die strukturelle Verzweiflung zu treiben, nachdem es im Sommer 2015 noch der Paria der europäischen Finanzpolitik war, ist erbärmlich.

Alle politisch Verantwortlichen wissen, dass die millionenfache Flüchtlingszahl nur durch gemeinsame Verantwortung, sei es in humanitärer oder anderer Hinsicht, sei es in kontingentierter Flüchtlingsaufnahme, in vernünftige Bahnen gelenkt werden kann.

An der Haltung europäischer Länder, die sich im Gefolge der politischen Neukonstituierung nach 1990 als doppelte Opfer verstehen (erst durch den Überfall Deutschlands, dann durch die Kommunisten), ist die ganze Schwäche des gegenwärtigen Europas zu sehen. Die Länder wollen keine neue Identitätsdebatte haben, die die Ankunft vieler Flüchtlinge mit sich brächte.

Dass selbst bei totaler Abriegelung Europas die alten idyllischen Zustände nicht wiederkehren würden und auch die einzelnen Nationalstaaten nicht mehr aus dem globalisierten Kreislauf entfliehen können, ist den rechtspopulistischen Parteien nicht klar oder egal. Nutznießer wären andere als europäische politische Player.

XII. Strukturell übergeordnete Erfordernisse

- Natürlich bleibt es eine aktuelle Hauptaufgabe der Großmächte, den Bürgerkrieg in Syrien (und dem Irak!) möglichst schnell zu beenden und nach einer tragfähigen Lösung für das zerfallende Machtgefüge im Nahen Osten zu suchen. Die Schwierigkeit dieses Unternehmens wird dadurch klar, dass die globalen Mächte (USA und Russland), die benachbarten Mittelmächte (Iran, Saudi-Arabien, Türkei), die betroffenen Länder (Irak, Syrien, Jordanien, Libanon, Israel) eigene Interessen haben, die durch die Unterstützung unterschiedlicher Terrorgruppen involviert sind. Das ganze Dilemma wird z. B. dadurch deutlich, dass die Türkei aus Angst vor einer eigenen kurdischen politischen Rolle alles tut, um eine Befriedung in Syrien zu torpedieren. Der Ausgang dieses Konflikts entscheidet auch über unsere Betroffenheit.
- Die deutsche und europäische Afrika-Politik muss sich darauf konzentrieren, in den afrikanischen Ländern eine Entwicklungsstruktur aufbauen zu helfen, die es den korrupten Eliten nicht ermöglicht, sich daran zu bereichern, sondern den Menschen eine Bildungs- und Arbeitsperspektive in Afrika verschafft (z. B. außerbetriebliche Ausbildung u. ä.). Sonst geschieht genau das, was der ehemalige Oberstadtdirektor von Hannover und spätere NDR-Intendant Martin Neuffer² prognostiziert hat: dass eine wirkliche Völkerwanderung von Afrika nach Europa einsetzt.
- Deutschland braucht dringend ein Einwanderungsgesetz, damit endlich Deutschland selbst entscheiden kann, wen es unter eigenen Interessen einwandern lassen will. Das muss unbeschadet der Asylgarantie bei staatlicher, religiöser oder rassischer Verfolgung geschehen.
- Es bedarf einer innereuropäischen Entwicklungspolitik, damit die entwicklungsverzögerten Länder in Europa selbst (Balkan) mit den europäischen Geldern auch tatsächlich Strukturreformen durchführen und

2 Neuffer, Martin 1982: Die Erde wächst nicht mit. Neue Politik in einer überfüllten Welt. München (Becksche Schwarze Reihe Band 257).

beispielsweise den Sinti und Roma eine wirkliche Lebensperspektive geben.

XIII. Aktuelle Empfehlungen

1. Sichtbare und verbesserte Koordinierung aller staatlichen Ebenen und der ehrenamtlichen Möglichkeiten unter Einschluss der finanziellen Perspektive, wobei die Grundbedürfnisse (Unterbringung, Wohnung Spracherwerb) sowie langfristige Maßnahmen wie Bildung und Ausbildung, Arbeit und kulturelle Integration) zu lösen sind. Das gilt für alle, die eine längere Bleibeperspektive haben. Man muss davon ausgehen, dass mit Ausnahme der Asylberechtigten die meisten Flüchtlinge kein dauerndes Bleiberecht haben werden, wenn die Kriege oder politischen Konflikte beendet sind.
2. Entemotionalisierung der öffentlichen Debatte, weil sie die rationale Bearbeitung der Probleme erschwert.
3. Präzisere Sprache im politischen und gesellschaftlichen Diskurs (z. B. Zwiespältigkeit und Missverständlichkeit des Begriffs der „Willkommenkultur“ oder des Euphemismus „Wir schaffen das“ oder der voluntaristischen Attitüde „Ich spreche von Mut und nicht von Angst“ usw.)
4. Betonung der Wertegrundlagen für die Behandlung der Flüchtlingsfrage, die selbstredend auch für die einheimische Bevölkerung gelten. Weltoffenheit bedeutet nicht wahl- und bewertungslose Akzeptierung alles Fremden, sondern eine interkulturelle Selbstvergewisserung.
5. Aufklärung gegenüber den Flüchtlingen über die Anforderungen und Regelungen in Deutschland unter Einschluss der möglichen Abschiebung.

Schlussbemerkung

Als vor 7 Jahren dem internationalen Bankensystem durch betrügerische Spekulationen fast aller Großbanken der westlichen Welt der Kollaps drohte, war es möglich, zur notwendigen Rettung ins Strudeln geratener Banken in Deutschland innerhalb einer Woche mehr als 400 Milliarden Euro durch alle Gremien hindurch zu beschließen. Auch wenn dies zunächst nur eine staatliche Garantie für mögliche ausfallende Verbindlichkeiten war, war dies ein Moment der Entblößung der realen Machtverhältnisse. Ange-